

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15

## Inhalt

Vor einer weiteren Verfolgung der CDU-Vorstellungen eines Kerneuropas warnt **Robert Antretter MdB**.

Seite 1

Eine Fortsetzung der verhängnisvollen Kohl-Politik muß verhindert werden, fordert **Manfred Opel MdB**.

Seite 3

Wie die Regierung Kohl die Normalverdiener "beglückt" listet **Margitta Terborg MdB** auf.

Seite 4

Über wachsende Gefahren, die vom Unglücksreaktor in Tschernobyl ausgehen, berichtet **Rolf Linkohr MdEP**.

Seite 5

Geißlers Kindergeldvorstoß ist nicht finanzierbar. Ihm fehlen 39 Millionen. "Wahlkampfpolemik" meint **Ingrid Matthäus Maier MdB**.

Seite 7

Die Bildung europäischer Betriebsräte wurde im Sozialausschuß des Europäischen Parlaments verbessert, berichten die SPD-Europaabgeordneten **Barbara Weiler**, **Wilfried Kuckelkorn** und **Axel Schäfer**.

Seite 8

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 25, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 87, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 177

14. September 1994

### CDU-Vorstellungen eines Kerneuropas

Kapitulation vor den politischen Herausforderungen der Erweiterung der EU/Mittel- und osteuropäischen Staaten muß eine Beitrittsperspektive angeboten werden

Von Robert Antretter MdB

Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Die von der CDU-Bundestagsfraktion vor kurzem vorgelegten Vorstellungen einer auf wenige Staaten Nordwesteuropas beschränkten Kerngruppe, die mit der politischen Integration vorangehen soll, haben bei unseren europäischen Partnern erhebliche Besorgnisse ausgelöst. In Anbetracht der in Aussicht genommenen Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten scheint die Idee einer Kerngruppe zunächst plausibel, weil sie einen Ausweg aus den Dauerproblemen der EU zu eröffnen scheint: die Blockade einiger Mitgliedsstaaten im Rat, die schwerfällige Entscheidungsmechanik und die unzureichende Handlungsfähigkeit der EU bei den zentralen Gegenwarts-herausforderungen der Außen-, Umwelt- oder Sozialpolitik.

Bei näherer Betrachtung entpuppt sich die Vorstellung eines auf wenige Mitgliedstaaten beschränkten Kerneuropas als eine Kapitulation vor den mit der Erweiterung der EU auf ganz Europa zweifelsohne auftretenden Schwierigkeiten. In vielen Gesprächen mit meinen Kollegen aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten, die bereits schon heute der Parlamentarischen Versammlung des Europarates angehören, habe ich festgestellt, daß in diesen Staaten die langfristige Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union eines der zentralen Argumente ist, um die gesellschaftliche und ökonomische Modernisierung gegen innenpolitische Widerstände voranzubringen. Die Mitgliedschaft dieser Staaten im Europarat soll sie gerade auf einen Beitritt zur Europäischen Union vorbereiten. Deshalb hat der Europarat eine Reihe von Rechtskonventionen aufgelegt, der die Rechtsordnung der mittel- und osteuropäischen Staaten europäischen Standards annähert. Wer diese Staaten vom europäischen Aufbauwerk ausschließt, liefert all denjenigen Kräften die Argumente, die sich unter Berufung auf nationale Mythen oder 'slawische Sonderwege' von Europa abzukapseln suchen.



Schließlich rüttelt die Vorstellung eines Kerneuropas an Grundfesten der EU als Rechtsgemeinschaft. Die Gründungsverträge der EG basieren auf dem Prinzip der Rechtseinheit ohne Sonderregeln für einzelne Mitgliedstaaten: "Alle oder Keiner" ist der grundlegende Rechtsgrundsatz einer Integrationsgemeinschaft.

Die EU als rechtliche Integrationsgemeinschaft zeichnet sich durch den mittlerweile weithin akzeptierten und unbestrittenen Grundsatz aus, daß sie eine eigenständige Rechtsordnung mit einer autonomen Gemeinschaftsgewalt darstellt, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar wirksam ist und den Mitgliedstaaten bestimmte Treuepflichten auferlegt. Den Mitgliedstaaten ist es verwehrt, unter Hinweis auf vermeintliche wirtschaftliche Schwierigkeiten oder scheinbar unüberbrückbare Interessengegensätze sich der gemeinschaftlichen Verpflichtungen zu entziehen.

Grundlegend für die supranationale Rechtsordnung der EG ist der in Art. 5 des EG-Vertrages verankerte Grundsatz der Gemeinschaftstreue, wonach die Mitgliedstaaten "alle geeigneten Maßnahmen treffen müssen, die zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen oder aus der sekundärrechtlichen Rechtssetzung der Organe herrührenden Handlungspflichten erforderlich sind. Sie müssen den Organen der Gemeinschaft die Erfüllung ihrer Aufgaben "erleichtern", und sie sind verpflichtet, alle Maßnahmen zu unterlassen, welche die Verwirklichung der Ziele des EWG-Vertrages gefährden könnten. Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue begründet also weitreichende Treuepflichten zwischen den Mitgliedstaaten zur Erfüllung der vertraglich fixierten Ziele. Zulässig sind lediglich befristete Ausnahmen, Übergangsregelungen und flexible und differenzierende Ansätze, wie sie bereits schon heute im EG-Primär- und Sekundärrecht vorgezeichnet sind. Die Vorstellung eines Kerneuropas kollidiert mit diesem grundlegenden Verfassungsprinzip der Gemeinschaftstreue.

Bei einem "Europa der variablen Geometrie" in verschiedenen Fünfer- oder "Eifer-Gemeinschaften" würde die einheitliche Rechtsauslegung zerfasern und könnten unterschiedlich definierte Rechtsbegriffe zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen. Schließlich war und ist die Europäische Union als Solidargemeinschaft konzipiert. Die wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten sollten die wirtschaftlich weniger entwickelten Mitgliedstaaten in ihrem wirtschaftlichen Anpassungsprozess unterstützen. Dieser Ansatz des abgestuften Vorgehens ist nunmehr in den vertraglichen Bestimmungen zur Wirtschafts-Währungsunion (WWU) vertraglich verankert worden: die WWU-Bestimmungen definieren einvernehmlich Ziele, der Europäische Rat stellt fest, welche Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien erfüllen, und über den Kohäsionsfond bereitet die Union die "hinterherhinkenden" Mitgliedstaaten auf die Teilnahme der Endstufe der Währungsunion vor. Insofern kann aus den Bestimmungen über die Währungsunion nicht abgeleitet werden, daß damit die Struktur eines Kerneuropas vorgezeichnet worden ist.

Die Vorstellung eines aus Frankreich, den Benelux-Staaten und Deutschland bestehenden Kerneuropas ignoriert darüber hinaus die besonderen Integrationsinteressen der kleineren Mitgliedstaaten. Gerade die Niederlande haben bislang äußerst ablehnend auf alle Pläne reagiert, die in irgendeiner Form ein deutsch-französisches Direktorium begründen könnten, und sie sind deshalb besonders engagiert für eine Teilnahme Großbritanniens am europäischen Integrationsprozeß. Wer die bisherigen Verhandlungen bei den jeweiligen Vertragsrevisionen 1985 oder 1991 beobachtet hat, der weiß auch, daß vor allem Italien für eine Positionsstärkung des Europäischen Parlaments eingetreten ist. Wer Italien in die zweite Liga verweisen will, der straft einen Mitgliedstaat ab, der bislang noch am entschiedensten die Leitvorstellung eines demokratischen und föderativ verfassten Europas vertreten hat. Er bestärkt diejenigen Kräfte in der in Rom regierenden Rechtskoalition, die eine grundlegende Revision der italienischen Europapolitik einfordern und in der Auseinandersetzung mit der kleinen Nachbarrepublik Slowenien eine willkommene Gelegenheit sehen, ein nationales Profil der italienischen Außenpolitik zu schärfen.

Es ist begrüßenswert, daß im Hinblick auf die 1996 stattfindende Überprüfungskonferenz des Maastrichter Vertragswerkes eine Debatte über die Zukunft der EU angestoßen worden ist. Von dem außenpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion hätte man jedoch ein Sensorium für die Ängste und Sorgen unserer Nachbarn erwarten können. Die Idee eines auf wenige Staaten beschränkten Kerneuropas oder der zwei Geschwindigkeiten ist nicht neu und ist in der Vergangenheit gerade in den südlichen und kleineren Mitgliedstaaten immer auf Ablehnung gestoßen. Wer in europäischen Gremien mitarbeitet, der spürt, daß seit der deutschen Vereinigung die Ängste vor einer deutschen Dominanz in Europa gewachsen sind. Wenn ausgerechnet vor wichtigen Beitrittsreferenden in Skandinavien und Österreich Papiere veröffentlicht werden, die diesen Ängsten weiteren Auftrieb verleihen, dann kann dieses Vorgehen nur noch als blauäugig bezeichnet werden.

(-/14. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Richtungswahl** **Helmut Kohl hinterläßt eine schlimme Bilanz**

Von Manfred Opel MdB

**Kein Zweifel - wir stehen vor einer Richtungswahl!**

Die Frage ist: Wird es in Deutschland wieder vorwärts gehen oder soll die rückwärts gewandte Kohl'sche Politik über unsere Zukunft entscheiden?

Mit einer Nachdrücklichkeit ohnegleichen versuchte Kohl in den vergangenen zwölf Jahren die Gesellschaft nach seinen Vorstellungen zu prägen; sie konservativ umzubauen. Geistige und moralische Erneuerung versprach er. Doch ausschließlich überfüllter Egoismus, soziale Kälte und pures Machtstreben bestimmten sein Handeln. Sprach die Regierung von "Erfolg", meinte sie "Gewinn". Sprach sie von "Elite", meinte sie "Einkommen". Sagte sie, "Leistung müsse sich wieder lohnen", meinte sie, "den Preis dafür zahlen die Normalbürger".

Die Spaltung der Gesellschaft hat sich tief eingefressen. Entsolidarisierung ist heute überall spürbar. Der Betrug der Allgemeinheit, z. B. durch Steuerhinterziehung, ist für manche eine Art Volkssport. Kohl hinterläßt eine schlimme Bilanz.

Wie sieht die von Kohl versprochene geistige und moralische Erneuerung tatsächlich aus?

Die Lohnkosten, die angeblich den Standort gefährden, bestehen fast zur Hälfte aus Steuern, Abgaben und Soziallasten. Hohe Arbeitslosigkeit zwingt zu höheren Beiträgen zur Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung. Hinzu kommt: Die Steuerlast ist ungleich verteilt. Die ohnehin sozial Schwächeren tragen eine unverhältnismäßig hohe Belastung. Das ist ohne Zweifel von Kohl, Waigel und vor allem von der FDP so gewollt. Die Besserverdienenden lassen grüßen!

Jeder Arbeitnehmer muß heute im Durchschnitt für etwa 60.000 DM Staatsschulden gerade stehen. Fast ausschließlich die Beschäftigten haben für Zinsen und Tilgung aufzukommen. Konkret: Jede/jeder, die/der heute noch Arbeit hat, muß monatlich etwa DM 350 nur für die Zinsen der Schulden des Staates bezahlen. Ein "stolzer" Preis. Und auch Beweis dafür, daß es die Schuldenlast ist, welche die Binnen-Konjunktur abwürgt.

Konjunkturmotor ist fast ausschließlich das verfügbare Einkommen oberhalb des Existenzminimums. Eben dieser Einkommensanteil, der für den Aufschwung Voraussetzung ist, sank bei den Normalverdienern allein in diesem Jahr um etwa 10%. Wenn nichts dagegen unternommen wird, werden ihn Solidaritätszuschlag und Pflegeversicherung im Jahr 1995 um weitere rund 15% schmälern. Und so weiter in den nächsten Jahren.

Kohl's Politik der schleichenden und zunehmenden Einkommens-Verkürzung für breite Schichten unseres Volkes führt so geradewegs zu einer rasanten strukturellen und wirtschaftli-

chen Talfahrt. Dies ist die eigentliche Ursache für die Gefährdung unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Kohl ist auf dem Weg, eine folgenschwere konjunkturelle Lawine loszutreten. Entsolidarisierung der Gesellschaft, hohe staatliche Verschuldung, geringe Massenkaufkraft, massive Steuerhinterziehung und technologischer Rückstand sind Symptome, die - jedes für sich genommen - bereits erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen hervorrufen. Gebündelt aber bewirken sie einen sich selbst verstärkenden Prozeß, der über die Gefährdung der Wirtschaft und des sozialen Friedens weit hinausgeht. Er rührt an die Wurzeln unserer Gesellschaft.

Weitere vier Jahre Kohl würden uns dem sozialen Niedergang aussetzen. Die Folgen für unsere Gesellschaft und unser Staatswesen wären unübersehbar.

Weitsichtige Mahner aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Gewerkschaften rufen deshalb eindringlich zur Umkehr auf. Die Politik der Regierung Kohl ist nicht nur falsch - sie ist verhängnisvoll.

Wir brauchen in Deutschland endlich eine neue und verantwortungsvolle politische Führung. Unsere Zukunft liegt in den Händen der Wählerinnen und Wähler. Nur wer wählt, hat eine Chance, den Kurs zu ändern.

Die Richtungswahl am 16. Oktober ist deshalb eine Mahnung; eine Mahnung zur Umkehr.

(-/14. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**... wenn man nicht an den eigenen Geldbeutel denkt**  
**Wie die Regierung Kohl die Normalverdiener "beglückt"**

**Von Margitta Terborg MdB**

Es ist schon erstaunlich, daß die deutsche Öffentlichkeit im Grunde gar nicht wissen will, was der Herr Waigel an Plänen einer neuen Steuerreform in petto hat.

Die Medien haben gemosert, gaben sich aber letztlich damit zufrieden, daß sich die Koalition nicht über Steuerreformpläne einigen konnte.

Wie schade! Die Medien hätten interessiert bleiben müssen, denn es gab und gibt ja immer neue Gerüchte. Beispielsweise über eine weitere Erhöhung der Mineralölsteuer. Die wird kommen, aber wenn der Herr Waigel das dementiert, wird es von den Medien getreulich nachgebietet.

Die Frage einer Harmonisierung der Mehrwertsteuer im europäischen Rahmen ist andiskutiert, dementiert, und prompt vergessen worden..

Wie sonderbar! Harmonisierung heißt für Deutschland immer noch Aufstockung der Mehrwertsteuer.

Und wer den Waigel kennt, mit seinem nicht mehr beherrschbaren Schuldenberg, kann sich leicht ausrechnen, daß der Finanzminister sich liebend gern zu dieser Form der Harmonisierung unter Euro-Flagge prügeln lassen würde.

Also: so viel Desinteresse irritiert mich. Jeder Bundesbürger sollte im Interesse seines eigenen Geldbeutels aufmerksamer sein. Wer nicht aufpaßt, wird hereingelegt.

Ich nenne als Beispiel die mit viel Brimborium gefeierte Steuerreform der Kohl-Regierung, beschlossen anno 1988, mit der letzten Stufe, der wichtigsten, in Kraft getreten 1990.

Damals wurde der "Durchschnittsverdiener" (Jahreseinkommen 42.700 DM - das hat die Mehrheit heute noch nicht) mit einer Steuerentlastung von monatlich 164 DM beglückt, der Verkaufsleiter (Einkommen: 120.000) mit 788 DM im Monat.

Der Fabrikant, der mit schlappen Einkünften von 650.000 Mark im Jahr auskommen mußte, hatte es sehr viel besser: die Koalition servierte ihm ein jährliches Steuergeschenk von 35.500 DM auf dem Silbertablett. Wir nehmen mal ganz unpolemisch an, dieses Einkommen habe sich all die Jahre seitdem nicht verbessert - das damals servierte Steuergeschenk hat sich, da es alljährlich wiederkommt (Zinsen und Zinseszinsen großzügig auch nicht einkalkuliert) am Ende dieses Jahres auf 177.500 DM summiert.

Das sind, unter anderem, ganz handfeste Gründe, warum die Herren der Wirtschaft ihre erlahmende Liebe zu Kohl wieder entdeckt haben.

Wie aber hat sich die damalige Steuerreform für den Normalverdiener gerechnet? Mies, sehr mies sogar.

Schon bei der Einführung wurde die Mineralölsteuer von 12 auf 14 Pfennig pro Liter angehoben, die Kfz-Steuer für Diesel-Pkw erhöht, eine Erdgassteuer von drei Pfennig auf dem cbm eingeführt und die Tabaksteuer von 11,6 auf 13 Pfennig pro Zigarette angehoben. Steuerliche Vergünstigungen für den Erwerb von Jahreswagen, für die Zuschläge von Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit fielen weg, die Beiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung wurden erhöht, die Leistungen der Krankenversicherung gekürzt und selbst die Veränderungen bei der Kilometer-Pauschale gingen zu Lasten der Normalverbraucher.

Fazit: der Normalverdiener wurde seines Glückes nicht froh. Hätte er ein Haushaltsbuch geführt, wüßte er, was ihn diese Koalition real gekostet hat. Wohlgemerkt: nur mit dieser "Reform". Es kamen ja ständig weitere. Und sie gingen immer und nahezu ausnahmslos zu Lasten der Normalverdiener.

Beispielsweise dadurch, daß die Kosten der Deutschen Einheit entweder der Sozialversicherung (und damit den Beitragszahlern) aufgehalst wurden oder dadurch, daß der Waigel noch mehr Schulden machte. Die Steuervergünstigungen für die Hochverdiener aber liefen nahezu ungebremst weiter, weil sich Leistung wieder lohnen muß, wie die Koalition sagt.

Die vielen kleinen versteckten Abgabenerhöhungen trafen immer nur den Normalverdiener. Hätte der ein Haushaltsbuch geführt, wüßte er, warum er heute trotz Tariflohnerhöhungen immer weniger Geld zur Verfügung hat.

Der Staat war auch Verlierer in diesem miesen Spiel. Mit der damaligen "Reform" begann der große Sprung in die Schuldenwirtschaft. Summiert (wir nehmen gnädigerweise nur die Jahre 1990 bis 1994) auf mittlerweile 828 Milliarden DM. Und die trägt nun nicht der Staat ab, sondern der Normalverdiener. Mit Zins- und Zinseszinsen, mit Folgelasten für seine Kinder und Enkelkinder.

So kommt es, wenn man, anders als die Herren der Wirtschaft, bei der Stimmabgabe nicht an den eigenen Geldbeutel denkt.

(-/14. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Situation im Unglücksreaktor von Tchernobyl spitzt sich zu**

**Politische Blockaden verhindern rasches Handeln**

**Von Rolf Linkohr MdEP**

Politische Blockaden zwischen der Ukraine und dem Westen verhindern die dringend erforderliche Sanierung des Unglücksatomreaktors in Tchemobyl. Dies ist das Fazit nach einem Besuch vor Ort. Insbesondere in der EU müssen wir begreifen, daß wir die erheblichen Sicher-

heitsmängel nur mit einem festen Plan und einem Milliardenaufwand lösen können und uns auf entsprechende Anstrengungen einstellen müssen. In der Europäischen Kommission ist demgegenüber zur Zeit nicht erkennbar, daß sich irgendjemand voll und ganz für die Bewältigung des Problems verantwortlich fühlt.

Auch die instabile politische Situation in der Ukraine trägt nicht gerade zu einem Klima der konstruktiven Zusammenarbeit bei. Der Westen muß sich jedoch vorhalten lassen, das Land bisher kaum als gleichwertigen Partner, sondern eher als Bittsteller behandelt zu haben, dem man seine Bedingungen mehr oder weniger diktieren kann. Die im Juni angebotenen 200 Millionen Dollar reichen jedenfalls nie und nimmer aus, um einerseits die Sicherheit des Unglücksreaktors zu stabilisieren und andererseits einen Ersatz für die geforderte Abschaltung der in Tchernobyl noch am Netz befindlichen Reaktorblöcke zu schaffen. Im Moment besteht die Gefahr, daß die Zeitbombe Tchernobyl vor sich her geschoben und verdrängt wird.

Ich befürchte konkret, daß die im Auftrag der EU-Kommission zur Zeit mit Beteiligung von deutschen und französischen Nuklearexperten erstellte Machbarkeitsstudie für die Absicherung des Sarkophags am Unglücksreaktor mangels geeigneter Finanzierungskonzepte in den Schubladen verstauben werden. Wir wissen ziemlich genau, was gebraucht wird, aber wir bekommen politisch nichts zu Wege. In der Europäischen Kommission ist es deshalb an der Zeit, die Kompetenzen in einer einzigen Generaldirektion zu bündeln. Der Rat muß gleichzeitig den Dialog mit der Ukraine in Bewegung bringen. Dabei darf man die Ukrainer ruhig wissen lassen, daß die Bereitschaft des Westens zu einem großen Engagement mit dem Maße zunimmt, wie sie zum Umsteuern in der Energiepolitik und auch zum Abschalten der noch laufenden Reaktoren bereit sind.

Hoffnungsvoll für den notwendigen politischen Dialog zwischen allen Beteiligten stimmt die Anregung der ukrainischen und der russischen Akademie der Wissenschaften, ein gemeinsames Labor zur Beobachtung des Sarkophags einzurichten, wozu Weißrußland miteingeladen werden sollte. Wenn Präsident Jelzin bei seinem für Oktober geplanten Kiew-Besuch mit seinem Amtskollegen Kutschma in dieser Frage weiterkommt, sollte die EU ihre Unterstützung nicht verweigern.

#### Kurze Zustandsbeschreibung des Unglücksreaktors:

1. Von außen betrachtet scheint der von einer dicken Betonmauer umgebene Unglücksreaktor sicher zu sein. Nach ukrainischer Aussage hat sich die Strahlendosis über die Jahre hinweg nicht verändert. Die gemessene Radioaktivität (Dosisleistung 1 - 12 milliRöntgen pro Stunde) erscheint erträglich, wenngleich sie von Ort zu Ort schwankt. Grund dafür sind die unter einem bis zu 12m dicken Erdwall begrabenen radioaktiven Trümmer sowie radioaktiv verseuchte Teile im Innern. Die Verseuchung des Grundwassers ist allerdings besorgniserregend.
2. Die inneren Strukturen - also der ehemalige Reaktor - wurden durch die Explosion völlig zerstört. Es könnte der schwere Reaktordeckel in die radioaktive Lava stürzen, die statischen Verhältnisse im Innern nachhaltig verändern und vor allem eine riesige neuerliche radioaktive Staubwolke mit erheblichen Auswirkungen auf die Umgebung aufwirbeln. Auch könnte das Dach einstürzen. Schließlich werden die verbliebenen Reaktorwände im Laufe der Zeit nicht stabiler, sondern schwächer. Messungen und Beobachtungen sind wegen der hohen Strahlung im Reaktorinneren nur begrenzt möglich.
3. Verschiedene Theoretiker schließen nicht aus, daß der ehemalige Reaktorbrandstoff zusammen mit dem inzwischen durch das lecke Dach eingedrungenen Wasser an einigen Stellen eine kritische Gemengelage bilden, das heißt eine sich selbsterhaltenden Kettenreaktion auslösen könnte. Andere Experten bezweifeln diese Aussage. Da es keinerlei Information über die örtliche Verteilung im Innern des Kernbrennstoffes gibt, kann die Wahrscheinlichkeit einer spezifischen lokalen Konzentration von Uran und Plutonium, und damit einer kritischen Masse, aber nicht ganz ausgeschlossen werden.
4. Im Juni 1990 wurde bereits einmal eine 70fache höhere Radioaktivität gemessen. Einige führen diese erhöhte Strahlenleistung auf Kritikalitätsprobleme zurück. Mit einer Gadolini-

- umlösung wurde damals der Neutronenfluß verringert. Ob es sich dabei tatsächlich um eine sich selbsterhaltende Kettenreaktion handelte, läßt sich allerdings nicht beweisen.
5. Schnee, Regen und Staub dringen durch kleine Löcher im Dach ein. Auch im Innern des Reaktors dürfte wohl ständig Staub erzeugt werden. Um ihn zu binden, wird in Abständen eine klebrige Flüssigkeit zugeführt. Ungewißheit herrscht auch darüber, ob Wasser aus dem Reaktor austreten und damit möglicherweise das Grundwasser weiter verseuchen könnte.
  6. Der Sarkophag muß in engem Zusammenhang mit den angrenzenden Reaktorblöcken I, II und III gesehen werden. I und III sind noch in Betrieb, II könnte ebenfalls wieder angeschaltet werden. Schädigungen am Bauwerk - vor allem ein Absturz des schweren Reaktordeckels - könnten Erschütterungen hervorrufen, die die ohnehin prekäre Sicherheit der noch laufenden Reaktoren weiter vermindern könnte, ja zu einem Unfall führen könnte. Man muß dazu wissen, daß der Block III, der noch in Betrieb ist, direkt an den Sarkophag grenzt und von ihm nur durch eine 2m dicke Betonwand getrennt ist.
- Im übrigen gab es bereits am 24. Mai 1990 ein kleines Erdbeben der Größenordnung 4 auf der nach oben offenen Richterskala.
7. Einige Experten schlagen vor, den Brennstoff allmählich zu entfernen und ihn entweder wiederaufzuarbeiten oder endzulagern. Wie das allerdings angesichts der hohen Strahlung geschehen könnte, darüber war nichts zu hören.

(-/14. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Geißlers Wahlkampfpolemik**

**250 DM-Kindergeldmodell der SPD ist solide finanzierbar - Geißler fechtet für sein  
300 DM-Kindergeldmodell dagegen 39 Milliarden DM**

**Von Ingrid Matthäus-Maier MdB**

**Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion**

Da Herr Geißler kein dummer Mensch ist, kann seine Erklärung, das von der SPD vertretene Kindergeldmodell von 250 DM monatlich für jedes Kind sei unfinanzierbar, sein 300 Mark-Modell jedoch finanzierbar, nur als billige Wahlkampfpolemik bezeichnet werden.

Das SPD-Modell geht nämlich ebenso wie das von Herrn Geißler davon aus, daß das einheitliche Kindergeld direkt von der monatlichen Steuerschuld abgezogen wird, beziehungsweise, wenn die Steuerschuld niedriger ist, der Differenzbetrag direkt ausbezahlt wird. Dies haben wir Herrn Geißler auch mehrfach erklärt. Ich fordere deshalb Herrn Geißler auf, nicht länger so zu tun, als ob hier ein Unterschied zwischen seinem Modell und dem der SPD bestünde.

Tatsache ist, daß das SPD-Kindergeldmodell von 250 DM monatlich (ab dem vierten Kind 350 DM) solide finanzierbar ist. Unser Modell finanziert sich folgendermaßen:

- 22 Milliarden DM durch Einbeziehung des heute gezahlten Kindergeldes und Kindergeldzuschlags,
- 17 Milliarden DM durch die Einsetzung der ungerechten steuerlichen Kinderfreibeträge, die Spitzenverdiener fast dreimal so hoch entlasten wie Niedrigverdiener
- 11 Milliarden DM durch eine maßvolle Begrenzung des maximalen Splittingvorteils (angesichts von über 30 Milliarden DM Steuerausfällen durch das Ehegattensplitting würde dies also zu rund zwei Dritteln erhalten bleiben).

Mit diesen rund 50 Milliarden DM läßt sich unser Kindergeldmodell solide finanzieren. Wenn Herr Geißler ein höheres Kindergeld fordert, dann muß er - wenn er es seriös meint - auch sagen, wie er es finanzieren will. Das gilt einmal für die zusätzlichen 50 DM (Kosten zehn Milliarden DM). Außerdem fehlen ihm 29 Milliarden DM, weil die Union sich weigert, die steuerlichen Kinderfreibeträge (17 Milliarden DM) zu ersetzen und das Splitting (elf Milliarden DM) zu be-

gränzen. Wie Herr Geißler es wagen kann, mit einem Modell auf den Markt zu kommen, bei dem ihm 39 Milliarden DM fehlen, ist schleierhaft.

Aber wahrscheinlich geht es ihm gar nicht um einen seriösen Vorschlag zur Entlastung der Familien mit Kindern, sondern nur um Wahlkampfpolemik.

(-/14. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein neues Kapitel der Arbeitnehmerrechte in Europa** **Bildung europäischer Betriebsräte wurde wesentlich verbessert**

Von Barbara Weller MdEP(Hessen), Wilfried Kuckelkorn MdEP, Axel Schäfer MdEP (NRW)

Der Gemeinsame Standpunkt des Rates vom 22. Juni 1994 wurde bei der abschließenden Beratung der Richtlinie "Europäische Betriebsräte" im Sozialausschuß des Europäischen Parlaments von den Sozialpolitikern in einigen wichtigen Punkten korrigiert.

1. Der Schwellenwert zur Bildung von europäischen Betriebsräten wurde wieder herabgesetzt: als Untergrenze gelten nun 500 (statt 1.000) Arbeitnehmer insgesamt, von denen jeweils 100 (statt 150) Arbeitnehmer in mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten tätig sein müssen. Damit will das Europäische Parlament den Anwendungsbereich der Richtlinie ausweiten.
2. Es wurde zusätzlich gefordert, daß Arbeitnehmervertretern von außerhalb des Gebiets der Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen die Mitgliedschaft in den besonderen Verhandlungsgremium gewährt werden kann.
3. Das besondere Verhandlungsgremium kann mit mindestens 3/4 der Stimmen beschließen, keine Verhandlungen zu eröffnen beziehungsweise bereits begonnene Verhandlungen zu beenden. Der Rat hatte eine 2/3 Mehrheit festgelegt.
4. Als Frist zur Aufnahme von Verhandlungen sollen 1 1/2 Jahre gelten. Der Rat hatte 3 Jahre veranschlagt, womit die Möglichkeit zu weiteren Verzögerungen geschaffen würden.
5. Der Schutz der Arbeitnehmervertreter bei der Ausübung ihrer Funktionen ist durch eindeutige Formulierungen konkretisiert worden; dazu gehört der Schutz vor Diskriminierung, Kündigungsschutz und Schutz vor anderen Sanktionen.
6. Die Prüfung der Anwendung der Richtlinie durch die Kommission soll nach bereits fünf Jahren erfolgen. Vorschläge zu notwendigen Änderungen muß die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat unterbreiten.
7. Es wurde präzisiert, daß die Sitzung zur Unterrichtung und zur Anhörung nicht nur "unverzüglich", sondern "vor der endgültigen Unternehmensentscheidung" erfolgen muß.

Nicht durchsetzen konnten sich die Sozialdemokraten mit ihrer Forderung nach der Aufhebung der besonderen Bestimmungen für sogenannte "Tendenzunternehmen". Die Beschränkung der grenzüberschreitenden Informations- und Anhörungspflicht ist nicht zu rechtfertigen.

Blockierer war hier eindeutig die deutsche Bundesregierung. Die Connection Kohl + Kirch hat sich durchgesetzt.

Dennoch ist die jetzt vom Ausschuß beschlossene Richtlinie ein historisch-bedeutsamer Schritt auf dem Weg zu mehr Rechten der Arbeitnehmer in Europa.

Die SPD-Eurpaabgeordneten erwarten, daß die Kommission den Änderungsanträgen zustimmt, damit nach 20 Jahren Debatte 1995 endlich ein neues Kapitel beginnen kann.

(-/14. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*